

## Kuba: Pastoren im Visier der Behörden

*Auch nach Ära der Castro-Brüder keine Verbesserung der Religionsfreiheit in Sicht*

(Open Doors, Kelkheim) – Seit der Kubanischen Revolution in den 1950er-Jahren ist Kuba ein kommunistischer Staat. Wer sich der herrschenden Ideologie entgegenstellt oder abweichende Ansichten vertritt, muss auch heute noch mit Widerstand rechnen. Darauf verweist das Vorgehen der staatlichen Behörden gegen engagierte religiöse Leiter in den letzten Monaten.



Kirche in Puerto de Vita (Kuba)

### Mit Inhaftierung bedroht

Ende August berichtete die Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity Worldwide (CSW), die sich besonders für Religionsfreiheit einsetzt, von den Schwierigkeiten, die der Leiter der Emanuel-Kirche in Santiago de Cuba, der zweitgrößten Stadt des Landes, mit der Polizei bekam. Mehrmals wurde Alain Toledano Valiente vorgeladen und mit Festnahme bedroht, sollte er bestimmte geplante Veranstaltungen durchführen. Zudem versuchten die Behörden, den Neubau seines Kirchengebäudes zu behindern.

### Keine Toleranz gegenüber Andersdenkenden

Diese jüngsten Meldungen lenken die Aufmerksamkeit einmal mehr darauf, dass die Religionsfreiheit im Land eingeschränkt ist, auch wenn die Verfassung offiziell freie Religionsausübung garantiert. Auch unter Raúl Castros Nachfolger Miguel Díaz-Canel, der im April 2018 das Amt des Präsidenten übernahm, hat sich die Lage nicht wesentlich verbessert – noch immer wird das Land von der Kommunistischen Partei regiert, die keine Toleranz gegenüber Andersdenkenden zeigt. Christen geraten besonders dann ins Visier der Behörden, wenn sie die Ideologie des totalitären Regimes

infrage stellen, insofern sie diese nicht mit ihrem Glauben vereinbaren können. Infolgedessen müssen sie mit Drohungen, Beschimpfung und Verleumdung, dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, der Konfiszierung religiöser Materialien und anderem Besitz und im schlimmsten Fall sogar mit Verhaftung rechnen.

### **Einschränkung der Bewegungsfreiheit**

Im Juli dieses Jahres wurde eine Gruppe von fünf Pastoren daran gehindert, das Land zu verlassen, um an einer Konferenz über Religionsfreiheit in Washington D.C. teilzunehmen. Die Pastoren gehören der Evangelischen Allianz Kubas an, die sich immer wieder öffentlich zu aktuellen Themen äußert – laut eigener Aussage der Betroffenen ist dies der Regierung ein Dorn im Auge. Diese Einschätzung passt mit dem Vorgehen der staatlichen Autorität gegenüber einigen Pastoren zusammen, welche einzelne Artikel der neuen Verfassung vom Frühjahr infrage stellten und denen im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Gruppen eine Anhörung verweigert wurde.

### **Überwachung und Verweigerung der Anerkennung**

Besonders schwierig ist die Lage für nichtregistrierte Kirchen, worunter vor allem evangelikale Freikirchen zählen, für die es so gut wie unmöglich ist, eine staatliche Genehmigung zu erlangen. Viele treffen sich zu Gottesdiensten in Privathäusern, um einer Bestrafung durch die staatlichen Behörden zu entgehen, da ihre Versammlungen als illegal gelten. Doch auch die Aktivitäten registrierter Kirchen werden fortwährend überwacht, Regierungsinformanten in Gottesdiensten sind keine Seltenheit. Der Import und der Druck christlicher Literatur sind beschränkt.

Obwohl Kuba derzeit nicht zu den 50 Ländern mit der stärksten Christenverfolgung gehört, die im Rahmen des [Weltverfolgungsindex](#) aufgeführt werden, beobachtet Open Doors bereits seit Jahren die Situation für die Christen im Land und unterstützt die lokalen Gemeinden unter anderem mit Schulungen für Leiter christlicher Gemeinden und Hilfe-zur-Selbsthilfe-Projekten.

*Quellen: Open Doors, Christian Solidarity Worldwide*